

## 14.

### **Henkel immer dabei – und mit ihm die Wehrwirtschaftsführer von Düsseldorf**

Von Gisela Blomberg

#### ***Wo geschahen in Düsseldorf die Verbrechen, auch jene an den jüdischen Menschen? Und wer waren die Täter?***

Antifaschisten haben in Düsseldorf immer wieder das mahnende Erinnern an die Täter wie die Ehrung der Opfer eingefordert und praktiziert. Mahnwachen vor dem Industrie-Club und Proteste gegen die anhaltende Ehrung Ernst Poensgens durch die Stadt gehörten dazu. Im Folgenden werden Stationen für Mahngänge zu Stätten von NS-Unrecht der Wirtschaftseliten aufgezeigt.

#### ***Carsch-Haus, Heinrich-Heine-Allee 49***

Das Kaufhaus Gustav Carsch & Co. wurde 1915 von Paul Carsch als Fachgeschäft für exklusive Knaben- und Herrenbekleidung gegründet. Architekt des imposanten Kaufhausbaus war Otto Engler. Schon im März 1933 – d.h. einen Monat vor der reichsweiten Boykottaktion gegen Geschäfte mit jüdischen Inhabern – organisierte Gauleiter Florian in Düsseldorf die ersten Blockadeaktionen »Kauft nicht bei Juden«, so auch vor dem »Carsch-Haus«. Im September 1933 sah sich Paul Carsch unter dem faschistischen Druck gezwungen, das Kaufhaus seinem Prokuristen Fritz Seiffert zu »verkaufen«. Seiffert sollte an Bella und Paul Carsch eine monatliche Rente in Höhe von 1.500 Reichsmark und an den Sohn Walter 1.000 Reichsmark bezahlen. Alle jüdischen Mitarbeiter/innen wurden so schnell wie möglich entlassen.

Nachdem Bella und Paul Carsch die Flucht in die Niederlande gelang, stellte Seiffert die Zahlungen schnell ein, das exklusive und renommierte Kaufhaus hatte er zum Nulltarif bekommen.

Ab 1942 lebten Bella und Paul in einem Versteck in Amsterdam, dem Sohn gelang die Flucht in die USA. Paul Carsch starb 1951 in Amsterdam, ohne eine Entschädigung erhalten zu haben.<sup>1</sup>

Nach Beendigung des Krieges wurde das Carsch-Haus als Sitz der Volkshochschule und des Internationalen Kulturzentrums »Die Brücke« genutzt.

Als das Gebäude im Zuge des U-Bahn Baus abgerissen werden sollte, finanzierte die Horten AG die Versetzung des gesamten Gebäudes und richtete 1984 wieder ein exklusives Kaufhaus ein. Heute gehört das Kaufhaus zur Kaufhof AG.

#### ***Kaufhaus Leonard Tietz AG in Düsseldorf***

2009 feierte die Kaufhaus AG »100 Jahre Galeria Kaufhof Düsseldorf Königsallee«. Sie feierte den Raub des arisierten Hauses gleich mit. Im Magazin der IHK-Düsseldorf hieß es in der Ausgabe 05/2009 dazu lapidar: »Die Nationalsozialisten enteigneten, die Familie Tietz emigrierte ins Ausland und wurde später entschädigt.«!

Wer hat denn alles an der »Enteignung« verdient, wie ging es den jüdischen Mitarbeitern der Leonhard Tietz AG, was spielte sich im Vorfeld ab? Diese Fragen haben in der 100-jährigen Erfolgsstory des »Kaufhofs an der Kö« (Königsallee) keinen Platz.

Die Leonhard Tietz AG betrieb Anfang 1930 43 Kaufhäuser mit ca. 15.000 Mitarbeitern, darunter auch seit 1909 das Warenhaus Tietz an der Kö.

Im März 1933 – d.h. einen Monat vor der reichsweiten Boykottaktion gegen Geschäfte mit jüdischen Inhabern – organisierte Gauleiter Florian in Düsseldorf die ersten Blockadeaktionen »Kauft nicht bei Juden«, so auch vor

---

<sup>1</sup> Frank Sparling: Boycott Enteignung Zwangsarbeit. Die „Arisierung“ jüdischen Eigentums in Düsseldorf während des Nationalsozialismus, Düsseldorf, 2000 p. 24-32

dem Kaufhaus Leonhard Tietz an der Kö. Gleichzeitig kündigten die Hausbanken – allen voran die Dresdner Bank – der Leonhard Tietz AG die Kredite, ohne die eine Warenhauskette nicht existieren kann.

Familie Tietz verkaufte gezwungenermaßen ihr Aktienpaket im Wert von 24 Millionen Reichsmark; zum Kurs von 2,4 Millionen Reichsmark wurde es von den Banken gekauft – ein Superschnäppchen. Die Familie Tietz musste fliehen, ihren »Reinerlös« in Höhe von 800.000 Reichsmark durfte sie aufgrund der Devisenbestimmungen nicht mit ins Ausland nehmen. Über Holland kam die Familie Tietz nach Palästina, wo Alfred Leonhard Tietz 1941 im Alter von 58 Jahren starb, Margarete Tietz hielt sich mit einem kleinen Gästehaus in Tel Aviv über Wasser. Aus der Leonhard Tietz AG wurde die Westdeutsche Kaufhof AG (bis 1936 mit dem Zusatz vormals Leonhard Tietz AG), »diskret gemanagt von Commerzbank, Deutscher Bank und Dresdner Bank«. <sup>2</sup>

Aber nicht nur die Familie Tietz verlor ihre Existenzgrundlage, 1933 wurden die jüdischen Auszubildenden nach Beendigung ihrer Lehrzeit nicht übernommen, bis Ende 1935 wurden alle jüdischen Mitarbeiter erwerbslos. So verharmlost die Kaufhof AG die Verbrechen der Arierisierung, verharmlost und feiert sorglos 100 Jahre Firmengeschichte. Die gezahlten fünf Millionen DM Entschädigung sind nur Peanuts!

## ***Der Henkel-Konzern, Düsseldorf-Holthausen***

Die Firma Henkel & Cie wurde 1876 von dem Kaufmann Fritz Henkel und seinen Partnern Otto Dicker und Otto Scheffer zur Herstellung eines Waschmittels auf Wasserglasbasis gegründet. 1878 erfolgte der Umzug nach Düsseldorf und 1907 wurde mit der Produktion von Persil begonnen.

1933–1945 – Henkel entwickelte sich zu einem nationalsozialistischen Musterbetrieb. Mit dem Gesetz zur Ordnung der Arbeit aus dem Jahre 1934 wurde festgelegt, dass der Betriebsführer und die Gefolgschaft eine Betriebsgemeinschaft bilden. Gewerkschaften wurden zerschlagen. Hugo Henkel, der Betriebsführer traf die Entscheidungen »zum Wohle der Gefolgschaft«, die ihrerseits dem Betrieb zur Treue verpflichtet war, so auch zur Teilnahme an den Betriebsappellen der Deutschen Arbeitsfront (DAF). »Der Geist der Gefolgschaft, ihre kämpferische Haltung und Einsatzbereitschaft für den Nationalsozialismus [wurden] besonders gewürdigt« und mit Sozialleistungen wie Altersversorgung, Ausbildungswesen, Kinderfürsorge etc. belohnt.

## **Schon im März NSDAP-Mitglied**

Laut der Firmenchronik »Menschen und Marken« hatte die Familie Henkel angeblich von Anfang an ein »getrübbtes« Verhältnis zu den Nationalsozialisten.<sup>3</sup> Das hinderte Hugo Henkel aber nicht daran, im März 1933 der NSDAP beizutreten. Am 16. Mai 1934 wurde Hugo Henkel auf Vorschlag des Gauleiters Karl Florian vom Regierungspräsidenten für acht Jahre zum Mitglied des Gemeinderats der Stadt Düsseldorf ernannt.<sup>4</sup> Henkel, der bei Amtsantritt den Eid ablegte, dass er »dem Führer des deutschen Reiches, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein werde«, blieb bis 1942 im Gemeinderat. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats der Firma Henkel und - bis auf zwei Ausnahmen - auch des Vorstands traten in die NSDAP ein.

Henkel & Cie. beteiligte sich nach eigener Einschätzung »in umfassender Weise an den Aufgaben des Vierjahresplans«<sup>5</sup>; das explizite Ziel des Vierjahresplan, über Aufrüstung und Herstellung der Autarkie die deutsche Wirtschaft ab 1936 innerhalb von vier Jahren kriegsfähig zu machen, blieb in der Firmenchronik unerwähnt.

Auf der Düsseldorfer Leistungsschau der deutschen (Kriegs-)Wirtschaft »Schaffendes Volk« im Jahre 1937 besuchte Adolf Hitler auch den Pavillon der Firma Henkel. Wenige Tage zuvor hatte die Legion Condor mit der Zerstörung der baskischen Stadt Guernica die Schlagkraft der deutschen Wehrmacht unter Beweis gestellt. Für die Produktion der Wasch- und Reinigungsmittel waren große Mengen an importierten Fetten und Ölen notwendig. Um die »Fettlücke« zu schließen, betrieb die Firma Henkel den Aufbau einer Walfangflotte<sup>6</sup> in Norwegen und stieg bereits Mitte der 30er Jahre in die Fettindustrie ein. Nach dem Erwerb der Firma Deutsche Hydrieswerke AG/Dehydag in Rodleben wurden 1935 Anteile an der H. Th. Böhme AG übernommen.<sup>7</sup> Der Historiker Peter Hayes, dem der Zutritt zum Henkelarchiv verweigert wurde, vermutet, dass diese Anteile arisiert

---

<sup>2</sup> Johannes Ludwig in »DIE ZEIT«, 2.4.1993 Nr. 14

<sup>3</sup> Feldkirchen/Hilger „Menschen und Marken“, 125 Jahre Henkel, 1876-2001, S. 64 (im folgenden: Menschen und Marken)

<sup>4</sup> ebd., S. 63

<sup>5</sup> ebd., S. 78

<sup>6</sup> ebd., S. 77-78

<sup>7</sup> ebd.

wurden.<sup>8</sup> Darüberhinaus behalf „sich das Unternehmen zum einen ab 1940 durch die ‚Verwendung von Beutewaren‘, besonders französischen Ursprungs“.<sup>9</sup>

## **Vollständige Umstellung auf Kriegsproduktion**

Die Produktpalette von Henkel gehörte 1939 noch nicht zu den kriegswichtigen Gütern, die eine bevorzugte Versorgung mit Rohstoffen und Arbeitskräften ermöglichte. Aber wie es in der Firmenchronik heißt, hatte Henkel 1940 »die Umstellung auf die Kriegswirtschaft [...] dank der sorgfältigen Vorbereitung in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden ohne Schwierigkeiten vollzogen«. Anstelle von Persil wurde ab Kriegsbeginn ein Einheitswaschpulver produziert. Da Henkel sich auf die neue Situation schnell einstellen konnte, wurde nach eigenen Angaben die Friedensproduktion von Persil um ein Vielfaches übertroffen. Die Ausfuhr von fettlosen Produkten konnte 1940 im Vergleich zu den Vorkriegsjahren gesteigert werden, »was nicht zuletzt mit den militärischen Operationen der deutschen Wehrmacht in Westeuropa zusammenhing. Wie zahlreiche andere deutsche Unternehmen knüpfte Henkel zunächst große wirtschaftliche Erwartungen an den Krieg [...]. Die Vergrößerung des Reiches im Osten und Südosten, die große Produktionsmassierung in Düsseldorf und Genthin und der allgemein steigende Absatz unserer Produkte lassen es als angebracht erscheinen, eine Erweiterung unserer Produktionsbasis nach Beendigung des Krieges vorzusehen«, heißt es in der Firmenchronik. 1940 waren die besiegten Nachbarstaaten das Objekt der Begierde. So beteiligte sich ein Vertreter von Henkel im Mai 1940 nach der Kapitulation der Niederlande an den Plänen bedeutender Konzerne zur wirtschaftlichen Ausbeutung dieses Gebietes und der Aufteilung der holländischen Werke.

In den ersten Monaten des Jahres 1940 wurde der Industriereiniger P3 als ein wehrwirtschaftlich wichtiges Produkt eingestuft, was u.a. zur Folge hatte, dass die Versorgung mit Phosphaten sichergestellt war. Im Folgejahr wurden weitere Produkte wie die seifenfreien Waschmittel, die Mersolverarbeitung und die Wasserstoffsuperoxid-Produkte als wehrwirtschaftlich wichtig anerkannt. Hugo Henkels Sohn Jost, seit 1938 Geschäftsführer, wurde zum Wehrwirtschaftsführer ernannt und mit diesem Titel wurde den Leitern wehrwirtschaftlich relevanter Betriebe ein quasi-militärischer Status gegeben. Die Unterstützung der Kriegshandlungen wurde mit ausreichender Versorgung an Rohstoffen, Arbeitskräften und Transportmitteln belohnt. Für das Jahr 1943 konstatiert die Firmenchronik allerdings, dass die Defizite in der Kriegswirtschaft im Jahre 1943 nicht mehr durch die »Ausbeutung besetzter Gebiete« kompensiert werden konnte.

## **Zwangsarbeit bei Henkel**

Nach eigenen Angaben beschäftigte Henkel in Düsseldorf-Holthausen von 1940 bis 1945 durchgängig ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, zunächst in erster Linie französische Kriegsgefangene und sogenannte Zivilarbeiter aus Belgien. Henkel hatte schon im Ersten Weltkrieg einschlägige Erfahrungen mit Zwangsarbeitern gemacht.

KZ-Häftlinge seien laut offizieller Seite, die sich auf die vorhandene Aktenlage stützt, nicht bei Henkel und auch nicht bei den Töchtern bzw. verbundenen Unternehmen beschäftigt worden. In Düsseldorf sind fünf Lager für Zivilarbeiter und ein Kriegsgefangenenlager nachweisbar, welches mit Stacheldraht umzäunt und von Wehrmachtsposten bewacht war. Bei den Zivilarbeiterlagern gab es auch ein Lager für 75 sowjetische Frauen, d.h. für Ostarbeiterinnen.

Falls deutsche Arbeiter mit den Zwangsarbeitern in irgendeiner Form solidarisch waren, wurden diese auf der Stelle entlassen.

Die DAF, die Nazi-»Gewerkschaft« Deutsche Arbeitsfront, führte Propagandaveranstaltungen für die Zwangsarbeiter durch, so auch im August 1944 eine Veranstaltung mit dem belgischen SS-Sturmbannführer und Ritterkreuzträger Léon Degrelle. Für alle wallonisch-belgischen Arbeitskräfte galt Anwesenheitspflicht. In die Zeit des Einsatzes von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern fällt auch die mehrmalige Auszeichnung des Betriebes mit der Goldenen Fahne des nationalsozialistischen Musterbetriebes<sup>10</sup>.

Mindestens drei Menschen haben die Zwangsarbeit bei Henkel nicht überlebt, ein sowjetischer Zwangsarbeiter wurde von der Wachtmannschaft bei einem Fluchtversuch erschossen, zwei weitere Menschen starben infolge des Verzehr von Chemikalien, die sie in ihrem großen Hunger vermutlich für Zucker und Mehl gehalten hatten.

---

<sup>8</sup> Hayes „Die Degussa im Dritten Reich“, von der Zusammenarbeit bis zur Mittäterschaft, München 2004, S. 99

<sup>9</sup> „Menschen und Marken“ S. 78, alle weiteren Zitate der Firmenchronik aus „Menschen und Marken“

<sup>10</sup> Loos-Corswarem, Clemens v., „Zwangsarbeit in Düsseldorf“, Essen, 2002, S. 233

## Nachkriegszeit

Hugo Henkel, Jost Henkel, Konrad Henkel und zwei weitere Familienmitglieder wurden im September 1945 von den Briten inhaftiert. Das Vermögen der Henkel & Cie GmbH wie das der Töchterfirmen wurde unter alliierte Kontrolle gestellt. Hugo Henkel gehörte zu den 42 Industriellen auf der Kriegsverbrecherliste des Sonderausschusses des US-Senats, des sogenannten Kilgore-Komitees. In dessen Bericht wird festgestellt: »Die deutschen Großindustriellen waren von Anfang an Förderer des Nationalsozialismus, die deutsche Schwerindustrie und Hochfinanz ermöglichte den Nationalsozialisten die Machtergreifung, und die Umstellung der Wirtschaft auf Kriegswirtschaft erfolgte unter der unmittelbaren Leitung der deutschen Industriellen«; und »dass durch diese Tatsachen die Industriellen einwandfrei mitschuldig seien an den Kriegsverbrechen der Nationalsozialisten«.<sup>11</sup>

Im Januar 1947 aber wurden Hugo und Jost Henkel entnazifiziert. Die Familie Henkel setzte bei den Briten erfolgreich durch, dass die Demontagen in den Jahren 1948 bis 1950 deutlich geringeren Umfang hatten, als zuvor geplant war. Der Aufbau des Werkes begann und Henkel entwickelte sich zu einer international agierenden Firmengruppe.<sup>12</sup>

Im Jahre 1951 wurde Hugo Henkel von der Universität für Medizin in Düsseldorf die Ehrendoktorwürde verliehen. Die Stadt Düsseldorf ernannte Hugo Henkel zum Ehrenbürger.<sup>13</sup>

Mannesmann (heute Vodafone bzw. aufgeteilt auf zahlreiche Metall- und Stahlunternehmungen) Ausgangspunkt für die Mannesmann-Röhrenwerke war das von den Brüdern Mannesmann Mitte der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts entwickelte Schrägwalzverfahren zur Herstellung von nahtlosen Stahlrohren. Bei der Vermarktung waren die Brüder nicht so erfolgreich und wurden bis 1893 von einem Konsortium unter Führung der Deutschen Bank gänzlich aus dem Unternehmen verdrängt. Die Deutsche Bank hatte 53 Prozent des Aktienstimmrechtes auf sich vereint, d.h. Mannesmann wurde von der Deutschen Bank beherrscht. 1893 wurde der Verwaltungssitz nach Düsseldorf verlegt und 1908 erfolgte die Umbenennung in die Mannesmann-Röhrenwerke AG. In den Folgejahren entwickelte sich Mannesmann zu einem im In- und Ausland tätigen Unternehmen. Dessen nahtlose Stahlrohre wurden bei dem Bau von Pipelines, aber auch in der Produktion der Artilleriegeschosse bei Rheinmetall verwendet.<sup>14</sup> Mannesmann expandierte zu einem Eisen- und Stahlkonzern mit eigenen Kohlegruben. In den deutschen Werken waren 1928 21.209 Arbeiter beschäftigt. Anfang der 30er Jahre übernahm Mannesmann Anteile an andern Unternehmen, hierzu gehörten auch 20 Prozent der Anteile an der Kronprinz AG für Metallindustrie in (Solingen-)Ohligs. Bei Kronprinz wurden nahtlose und geschweißte Rohre, Flugzeugteile und Autoräder hergestellt.<sup>15</sup>

Mannesmann nach der Machtübertragung: Die Aufrüstungspolitik des Nazi-Regimes führte auch bei Mannesmann zu einem erneuten Wachstum; stillgelegte Erzgruben (an Lahn und Dill) konnten wieder ihre Förderung aufnehmen, 1934 wurde in Duisburg-Huckingen der zweite Hochofen in Betrieb genommen und weitere umfangreiche Investitionen in den Werken und Zechen folgten.

## ***Mannesmanns Entwicklung unter Wilhelm Zangen***

Am 1. Dezember 1934 wurde Wilhelm Zangen (30.09.1891 – 25.11.1971) ,zuvor im Vorstand der DEMAG (Deutsche Maschinenfabrik in Duisburg), zusammen mit Ernst Busckühl zum Vorstandsvorsitzenden von Mannesmann ernannt. Als im Oktober 1935 Busckühl von Flick zum Vorstandsvorsitzenden der Harpener Bergbau AG berufen wurde, blieb der 43-jährige Zangen der alleinige Vorstandsvorsitzende mit dem Titel Generaldirektor. Innerhalb der nächsten drei Jahre sorgte Zangen für eine völlige Neubesetzung des Vorstands, antisemitische Säuberungen waren auch bei Mannesmann auf der Tagesordnung. Der Jude Oscar Altmann, der in der offiziellen Darstellung „keine Zukunft mehr für sich gesehen hatte schied gleichsam [aus den Vorstand] aus; trotz aller Schwierigkeiten hat Mannesmann ihm durch finanzielle Hilfen die Möglichkeit einer neuen Existenz im Ausland geschaffen“<sup>16</sup>

---

<sup>11</sup> Anatomie des Krieges, Berlin 1969, Dokument 281, S. 493

<sup>12</sup> Menschen und Marken, S. 111

<sup>13</sup> Ebd. S. 42

<sup>14</sup> Bontrup/Zdrowomyslaw „Die deutsche Rüstungsindustrie“ Handbuch, Heilbronn 1988, S. 55

<sup>15</sup> Pritzkoheit „Gott erhält die Mächtigen“, Düsseldorf 1963, S. 34

<sup>16</sup> Wessel 100 Jahre p.210,

Der jüdische Aufsichtsratsvorsitzende Max Steinthal, seit 1873 im Vorstand der Deutschen Bank und aktiv an der Gründung der Mannesmann AG beteiligt, mußte 1936 seinen Posten an Oskar Schlitter, ebenfalls von der Deutschen Bank und Aufsichtsratsmitglied bei der DEMAG, abgeben.<sup>17</sup>

## **Arisierung**

Mannesmann beteiligte sich in herausragender Weise an der Enteignung jüdischer Unternehmen zum eigenen wirtschaftlichen Vorteil. Mannesmann arisierte zunächst die Firma »Wolff-Netter-Jakobi«, übernahm ein Drittel des Aktienpakets der in Essen ansässigen M. Stern AG. 1938 erwies sich die Übernahme der Hahnschen Werke als sehr lukrativ, neben dem Röhren- und Stahlwerk in Großenbaum gehörten zu der Hahn-Gruppe die Kammerich-Werke AG, die Maschinenfabrik Franz Seiffert & Co. AG und die Gesellschaft für Hochdruck-Rohrleitungen, die alle in den Konzern eingegliedert wurden. Die Produktion wurde auf Breitflachstahl und feuergeschweißte nahtlose Rohre ausgedehnt und die Erzeugung nahtloser Rohre vergrößert. Die Kammerich Werke spielten auch eine wichtige Rolle im Fahrzeugbau. Das Walz- und Presswerk in Brackwede bei Bielefeld war mit der ersten vollautomatischen Vernickelungsanlage des Kontinents ausgestattet. Mit der Franz Seiffert & Co. hatte sich Mannesmann das älteste deutsche Rohrleitungsbauunternehmen angeeignet. Nach Eingliederung der Hahnschen Werke betrug der Anteil von Mannesmann an der deutschen Stahlerzeugung vier Prozent, (2,6 Prozent im Jahre 1934), an der Rohstahlerzeugung Deutschlands im Jahre 1938: sieben Prozent. Im November 1938 hatte Mannesmann über 50.000 Beschäftigte. Die Produktion hat sich im Zeitraum von 1933 bis 1938 verdoppelt.<sup>18</sup> Mannesmann zählt damit zu den „Hauptprofiteuren der Arisierung jüdischer Unternehmen“<sup>19</sup>.

## **Wilhelm Zangen als Vorsitzender der RGI und Wehrwirtschaftsführer**

Wilhelm Zangen war auch Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank und Vizepräsident der IHK Düsseldorf. 1938 wurde Zangen vom Reichsminister für Wirtschaft zum Wehrwirtschaftsführer ernannt. Mit diesem Titel wurde ihm ein quasi-militärischer Status mit entsprechenden Privilegien verliehen. Von 1938 bis 1945 führte Wilhelm Zangen die Reichsgruppe Industrie (RGI). Die RGI war das wichtigste Gremium der Interessensvertretung der deutschen Industrie. Unter Zangen wurde sie umorganisiert und auf die Kriegsproduktion eingestellt. Die enge Verzahnung zwischen der Industrie und dem Nazi-Regime manifestierte sich auch in den RGI-Länderberichten, in denen die Industrie ihre Kriegsziele, d.h. ihren Führungsanspruch in der Wirtschaft der besetzten Länder formulierte. Daniela Kahn kommt am Ende ihrer umfangreichen Untersuchung über die RGI zu dem Schluss. Es „gelang... der Reichsgruppe Industrie als Organisationszentrum für die Kriegsplanung der deutschen Großindustrie...kontinuierlich, sich ihren erheblichen Einfluß auf die Kriegsvorbereitung, auf die Organisation der Ausplünderung der eroberten Gebiete und auf die Organisation der Kriegswirtschaft zu bewahren.“<sup>20</sup>, wobei Zangen als Leiter der RGI von 1938 bis 1945 eine exponierte Rolle zukommt.

Im Mai 1939 forderte Zangen weitere Anstrengungen der Wirtschaft zur Unterstützung des faschistischen Annexionskurses: »Die große Politik unseres Führers hat Deutschland in der Welt ein Stellung eingeräumt, die nicht ohne günstige Auswirkungen auch für Deutschlands Anteil an der Weltwirtschaft bleiben kann. ... Wichtig ist aber, dass ein Industriestaat wie Deutschland ... für seine industrielle Leistungsfähigkeit Ausgleichsmöglichkeiten in einem entsprechenden agrarischen Wirtschaftsraum findet. ... Auch für diesen Zweck sind ungeheure Aufgaben zu erfüllen, die in der ständigen Förderung unserer Wehrmacht und ihrer wirtschaftlichen Erfordernisse begründet sind.«

---

<sup>17</sup> Wessel begründet das Ausscheiden von Max Steintahl (geb. 1950) primär mit seinem hohes Alter, wobei er nicht unerwähnt lassen kann, „dass seitens der nationalsozialistischen Regierung und Partei auf Mannesmann ausgeübt worden ist“. 100 Jahre Mannesmann S.212. 1939 wird Steinthals gesamtes Vermögen konfisziert und er stirbt 1940 im Hotel Eden kurz vor seiner Deportation im Alter von 90 Jahren. Erst im Frühjahr 2003 werden 60 Gemälde seiner umfangreichen Sammlung in Dresden wiederentdeckt und an die Erben gegeben. (Berliner Morgenpost, 19. April 2004)

<sup>18</sup> Pritzkolet, Kurt Gott erhält die Mächtigen. Rück- und Rundblick auf den deutschen Wohlstand, Düsseldorf, 1963, S.3ff, Genschel, Helmut, Ar..., S. 2218 ff

<sup>19</sup> Kahn, Daniela Die Steuerung der Wirtschaft durch Recht im nationalsozialistischen Deutschland, Frankfurt am Main, 2006, S.431

<sup>20</sup> Daniela Kahn p. 495, siehe auch: Eicholtz, Enzyklopädie, Schumann, Konzept für die Neuordnung der Welt,

Wilhelm Zangen gehörte zu den wenigen Vertretern der Industrie, die Albert Speer, Reichsminister für Bewaffnung und Munition, 1942 in den Rüstungsrat berief. Über diesen Rat sollte die Zusammenarbeit mit dem Ministerium intensiviert, d.h. die Kriegsproduktion effektiver gestaltet werden. Ab Mitte 1944, als sich die Niederlage immer deutlicher abzeichnete, beschäftigte sich die RGI intensiv mit den Planungen für die Nachkriegszeit.

## **Kriegsproduktion**

Die Rohrproduktion für Rüstungsgüter ging unverändert weiter. Unverzichtbar waren die Mannesmannrohre für die Produktion von Hülsen und Rohlingen großkalibriger Geschosse und Bomben. In der Firmenchronik wird die Präzisionsarbeit bei der Herstellung nahtloser Bomben, durch die sich die Aerodynamik und die Zielgenauigkeit wesentlich verbesserten, lobend hervorgehoben. Hochfeste Dickwandrohre wurden als Mantelrohre der Flakgeschütze und in der Panzerabwehr eingesetzt. Die dünnwandigen Rohre, in Rath produziert, wurden sehr erfolgreich in den Transportflugzeugen für den Nachschub der Wehrmacht eingesetzt. Mannesmann lieferte u.a. auch die Stahlflaschen für das tödliche Kohlenmonoxidgas der Firma I.G. Farben, das in der Vernichtungsanstalt Grafeneck angewandt wurde.

## **Ausbeutung der annektierten Gebiete**

„Mannesmann besitzt über 20 inländische und viele ausländische Niederlassungen, von denen einige durch „Arisierung“ und einige im Gefolge des deutschen Angriffskrieges erworben wurden.“<sup>21</sup>

Mannesmann gehört auch zu den Treuhändern der lothringischen Montanindustrie. Treuhänderschaft bedeutete, dass alle Rechte der bisherigen Eigentümer erloschen und auf die Treuhänder übergingen, d.h. die Treuhänder konnten Gegenstand und Rechtsform der Unternehmen ändern, konnten diese auch liquidieren, verkaufen oder schließen. Die Treuhänderschaft war das beste Mittel zur Eigentumsübertragung. Jüdisches Eigentum konnte sofort enteignet werden, Umwege über eine Treuhänderschaft waren völlig unnötig.

Ein weiteres Ziel war die Beherrschung der Prager Eisen-Industriegesellschaft; darüber hinaus expandierte Mannesmann in Frankreich, Bulgarien, Serbien, Rumänien, Ungarn und Polen. Mannesmann erhielt die Patenschaft über die Hütte Taganrog (in Taganrog/UdSSR), die aber aufgrund der Überlegenheit der Roten Armee nicht lange gehalten werden konnte. In den letzten Stunden vor der Räumung wurden diese Produktionsanlagen so weit wie möglich zerstört.

## **Zwangsarbeit**

Bis Ende 1944 gab es mindestens 8.220 Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, die bei Mannesmann unter schwersten Bedingungen bis aufs Letzte ausgebeutet wurden. Für Düsseldorf sind drei größere Lager nachgewiesen, für deren Bewachung die Wehrmacht oder der bewaffnete Werkschutz zuständig war.

## **Einer der Hauptprofiteure**

Mannesmann gehörte zu den Hauptprofiteuren des Naziregimes. Betrug 1933 der Umsatz 88,7 Mio. Reichsmark, so schnellte er 1943 auf 466 Mio. Reichsmark. Im gleichen Zeitraum stieg der Gewinn nach Sonderabschreibungen überproportional von 11,3 Mio. auf 83,6 Reichsmark. Zum 50. Firmenjubiläum wurde am 1.7.1940 das damalige Berger Ufer in das Mannesmannufer umbenannt; dieser Straßename existiert heute noch.

## **Nach Kriegsende**

Wilhelm Zangen gehörte zu den 42 Industriellen auf der Kriegsverbrecherliste des Sonderausschusses des US-Senats, des sogenannten Kilgore-Komitees. In dem Bericht des Kilgore-Komitees wird der verbrecherische Charakter der deutschen NS-Industriellen festgestellt<sup>22</sup>.

---

<sup>21</sup> Omgus Ermittlungen gegen die Deutsche Bank, Nördlingen, 1985, S. 104

<sup>22</sup> Eicholtz Dietrich, Schumann, Wolfgang (Hrg.) Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkriegs, Berlin 1969, Dokument 281, p.493ff

Aber auch Zangen konnte seine Entnazifizierung durchsetzen und kehrte zu Mannesmann zurück, von 1948 bis 1957 war er Mitglied des Aufsichtsrats. Zangen hat erklärt, dass er sich um politische Fragen nie gekümmert habe. So schreibt auch Zangen in seinen „Erinnerungen“, „ich (...)gehörte auch keiner Partei an...Ich traute ihnen (gemeint sind die Nazis) nicht und blieb unpolitisch bei meiner Arbeit“<sup>23</sup> Dagegen spricht die Mitgliedschaft Zangens in der NSDAP und SS schon seit 1927<sup>24</sup> Der britische Historiker Adam Tooze hält Zangen für „einen der habgierigsten Profiteure des nationalsozialistischen Regimes“<sup>25</sup> 1958 wurde an Zangen die Ehrendoktorwürde von der Universität Münster verliehen, 1965 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz mit Stern hoch dekoriert.<sup>26</sup> (Zur Biographie Zangens siehe auch H. Radandt in „Biographisches Lexikon zur deutschen Geschichte, S. 761, Berlin 1970)

## **Rheinmetall, Düsseldorf, Ulmenstraße 125**

Der Rüstungskonzern Rheinmetall AG mit Sitz in Düsseldorf ist gemessen am Umsatz 2004 das achtgrößte europäische Rüstungsunternehmen. Im zivilen Bereich ist er auch Zulieferer für den Automobilbau – wengleich auch Automobile für die Rüstung gebaut werden. Am 13. April 1889 hatte Heinrich Ehrhardt mit Hilfe eines Konsortiums von Banken aus Berlin, Frankfurt am Main und Düsseldorf die »Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik Actiengesellschaft« in Düsseldorf gegründet. Das Unternehmen wurde zur Erfüllung eines größeren Munitionsauftrages des Kriegsministeriums geschaffen, den Ehrhardt vom Hörder Bergwerks- und Hütten-Verein gegen Provision angeboten bekommen hatte.

Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges war Rheinmetall einer der größten Rüstungshersteller im Deutschen Kaiserreich und beschäftigte fast 8.000 Mitarbeiter. Bis zum Ende des Krieges vergrößerte sich die Belegschaft auf knapp 48.000 Arbeiter und Angestellte, darunter etwa 9.000 Frauen. Nach Einstellung der wehrtechnischen Produktion Anfang der zwanziger Jahre infolge der Auflagen des Versailler Vertrages erwarb das Deutsche Reich 1925 bei einer Kapitalerhöhung über ihre Staatsholding VIAG eine Mehrheitsbeteiligung an Rheinmetall. Im April 1933 kaufte Rheinmetall den vor der Liquidation stehenden Lokomotivhersteller Borsig und kam damit in den Besitz eines großen Werkes in Berlin-Tegel. Die Fusion 1936 führte zur Umbenennung in Rheinmetall-Borsig AG.

### Aktivitäten zur Kriegsvorbereitung

Im Rahmen der Kriegsvorbereitungen der NS-Diktatur entwickelte und produzierte Rheinmetall-Borsig ab Mitte der 1930er Jahre im Auftrag des Reichskriegsministeriums Waffen und Munition. Die Fertigungspalette reichte von Maschinengewehren über Panzerabwehrgeschütze, Minenwerfer und Feldkanonen bis hin zu Flugabwehrkanonen und Eisenbahngeschützen. 1938 verlegte die Firma ihren Sitz von Düsseldorf nach Berlin. Während des Zweiten Weltkriegs wurde die Rüstungsproduktion maximal gesteigert und die Entwicklung neuer Waffensysteme gefördert. Der staatliche Einfluss durch Institutionen der Wehrmacht und die Eingliederung von Rheinmetall-Borsig in das Staatsunternehmen Reichswerke Hermann Göring nahm soweit zu, bis das Unternehmen vollständig verstaatlicht und in die planmäßige Kriegsvorbereitung integriert wurde.

Während des Zweiten Weltkriegs arbeiteten zahlreiche Zwangsarbeiter in den Rheinmetall-Betrieben. Im Werk Unterlüß allein wurden am Kriegsende etwa 5.000 ausländische Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen sowie Kriegsgefangene (ca. 2.500 Polen, 1.000 aus der UdSSR, 500 Jugoslawen, 1.000 aus anderen Ländern) von den britischen Truppen befreit. Zeitweilig waren dort auch ungarische Jüdinnen in einem Außenlager des KZ Bergen-Belsen eingesetzt. Von den etwa 600.000 Arbeitern der Reichswerke Hermann Göring waren die Hälfte Zwangsarbeiter, verschleppt aus allen besetzten Gebieten.

Nach Ende des Krieges waren die Werkanlagen der Rheinmetall-Borsig AG zum größten Teil zerstört. Die Betriebe in Düsseldorf, West-Berlin und Unterlüß kamen unter die Kontrolle der westlichen Alliierten und unter Treuhänderschaft.

<sup>23</sup> Zangen, W. Aus meinem Leben, Düsseldorf, 1968, p.79

<sup>24</sup> Braunbuch S.63, Kahn, Daniela Die Steuerung der Wirtschaft durch Recht im nationalsozialistischen Deutschland, Frankfurt am Main, 2006 p.531, Klee, Ernst Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, 2.Aufl. Juni 2007, S.690, Digitale Bibliothek Band 25: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, S. 3248 (vgl. EdNS, S. 894 ff.) (c) Verlag Klett-Cotta]

<sup>25</sup> Adam Tooze: Ökonomie der Zerstörung, München, 2004, p.140

<sup>26</sup> Braunbuch p. 63, Ernst Klee, 2007, p. 690, , Wilhelm Zangen, Aus meinem Leben, Düsseldorf, 1968, S. 214

Alle Besitzungen in den von der Roten Armee besetzten Gebieten wurden enteignet. Bis 1950 herrschte ein völliges Produktionsverbot. Danach wurden die Rheinmetall-Borsig AG in eine reine Holdinggesellschaft umgewandelt und zwei unabhängige Tochterunternehmen gegründet.

Heute wieder führend bei der Schaffung von Tötungsmaschinen

Den Aufschwung brachte das Jahr 1956. Am 23. Juni wurde die Rheinmetall-Borsig AG von der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke GmbH (heute Saarstahl) aus dem Besitz der Bundesrepublik Deutschland übernommen. Im August wurde die Borsig AG an die Salzgitter AG verkauft. Die Holding firmierte ab November als Rheinmetall Berlin AG und das Tochterunternehmen in Düsseldorf firmierte ab 1957 als Rheinmetall GmbH. Bereits mit Aufstellung der Bundeswehr 1956 wurde wieder ein wehrtechnisches Produktionsprogramm aufgelegt. Rheinmetall produzierte Maschinengewehre, Kanonen und Munition. Die Fertigung schwerer Waffen, wie Geschützrohre und Lafetten, wurde 1964 wieder aufgenommen. Dabei begann man mit der Ausstattung von Panzern und Artilleriegeschützen. Über 3 Mio. Aktien von Rheinmetall wurden ausgegeben, hunderttausende Aktienbesitzer profitieren vom kriegerischen Handwerk des Konzerns. An der Stellung Deutschlands als drittgrößter Rüstungsexporteur ist Rheinmetall maßgeblich beteiligt. Rund 125 Jahre ist der Konzern führend bei der Schaffung der Tötungsmaschinerien.

Heute erreicht Rheinmetall mit 2,6 Milliarden US-Dollar Umsatz pro Jahr den 30. Platz in der Weltrangliste der Rüstungsproduzenten. Für den Leopard-Panzer-Export an die reaktionären Machthaber Saudi Arabiens liefert Rheinmetall die Kanonen.<sup>27</sup>

U. S.

## **Vereinigte Stahlwerke (Firmensitz seinerzeit: Neuer Stahlhof, Breite Straße 69 in Düsseldorf)**

Im Januar 1926 schlossen sich führende Werke der Schwerindustrie: die Thyssen-Gruppe (Anteil 26 Prozent), die Phönix-Gruppe (Anteil 26 Prozent), die Rheinischen Stahlwerke (Anteil 8,5 Prozent), das Rheinelbe-Unternehmen, die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-AG, der Bochumer Verein und die Gelsenkirchener Bergwerks-AG - zu den Vereinigten Stahlwerken, abgekürzt Stahlverein/VESTAG, zusammen. In den 30er Jahren waren die VESTAG einer der größten deutschen Konzerne, zeitweise auch Europas größter Stahlkonzern.

Führende Männer der VESTAG waren schon vor 1933 eng mit der NSDAP verbunden, und die VESTAG spielte eine wesentliche Rolle bei der Finanzierung der NSDAP (allein 1932: 500.000 Reichsmark) und - in späteren Jahren - bei der Aufrüstung. Die Hausbank der VESTAG war die Steinbank des Bankiers Karl von Schröder, eines der wichtigsten Förderer der NSDAP, in dessen Villa im Januar 1933 das der Machtübertragung an Hitler vorausgegangene Treffen zwischen Papen und Hitler stattgefunden hatte. Die guten Beziehungen zum NS-Regime zahlten sich für die VESTAG aus. 1932 hatte die Reichsregierung unter Brüning ein Aktienpaket von Flick an der Gelsenkirchener Bergwerks AG, die auch zu den VESTAG gehörte, zu überhöhten Preisen gekauft. Als im November 1933 und im März 1936 die Reprivatisierung anstand, konnten die VESTAG und die beteiligte Deutsche Bank einen Gewinn in Höhe von 33 Millionen Reichsmark auf Kosten des Staates verbuchen<sup>28</sup>.

Als dominanter Konzern in der Montanindustrie waren die Manager in allen wichtigen Gremien vertreten, nahmen wesentlichen Anteil an der Aufrüstung und der Kriegswirtschaft. Zu diesen gehören vor allem Fritz Thyssen und Albert Vögler (ausführlich siehe an anderer Stelle in diesem Buch).

Nach der Machtübertragung an Hitler entwickelten die Vereinigten Stahlwerke gute Beziehungen zu Fritz Todt, dem Generalinspekteur für das Straßenwesen und damit einem der Verantwortlichen für die Aufrüstung. Ab 1940 bis zu seinem Tod im Februar 1942 war Todt Reichsminister für Bewaffnung und Munition, sein Nachfolger war Albert Speer.<sup>29</sup>

<sup>27</sup> Zur Geschichte von Rheinmetall siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Rheinmetall>; Kurt Bachmann „1933“, S. 44-45, Frankfurt am Main, 1983; Rheinmetall AG/offizielle Unternehmensseite „Zeittafel zur Unternehmensgeschichte“, Stand 2010

<sup>28</sup> Gossweiler, Kurt: Die Vereinigten Stahlwerke und die Großbanken in: Gossweiler, Kurt: Aufsätze zum Faschismus, Berlin 1988, p.79-130, hier S.119

<sup>29</sup> Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Band II, p. 541



Ernst Poensgen (19.09.1919 – 22.07.1949) Bei Gründung der VESTAG wurde Ernst Poensgen, der die Phönix AG in die VESTAG einbrachte, zweiter Vorstandsvorsitzender und 1935 löste er Vögler als ersten Vorsitzenden ab.

Poensgen war Mitglied im Düsseldorfer Industrie-Club und dort anwesend, als Hitler am dort Januar 1932 seine Rede hielt. Als einer der führenden Ruhrindustriellen war Poensgen u.a. Mitglied in der »Ruhrlade« und im Langnamverein.

Poensgen war Mitglied im Düsseldorfer Industrie-Club und anwesend, als Hitler am 26. Januar 1932 im selbsternannten „Treffpunkt der Eliten“ vor ca.500 Industriellen den Schutz des Privateigentums, die Vernichtung der Arbeiterbewegung, die Überlegenheit der weißen Herrenmenschen und der Schaffung neuen Lebensraums versprach. Am folgenden Tag nahm Ernst Poensgen auch an dem Geheimgespräch Hitlers und Görings mit Vögler Thyssen (ale Vereinigte Stahlwerke) auf dessen Schloß Landsberg teil.<sup>30</sup> Poensgen war auch erster Vorsitzender des Vereins für die Durchführung der Reichsausstellung „Schaffendes Volk“, die von Mai bis Oktober 1937 in Düsseldorf stattfand. Diese Ausstellung – in enger Zusammenarbeit mit dem Propagandaministerium durchgeführt – sollte die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie und damit auch der Kriegsmaschinerie zeigen. Nur wenige Tage vor der Ausstellungseröffnung hatte die Legion Condor die baskische Stadt Guernica zerstört. In demselben Jahr wurde Poensgen zum Wehrwirtschaftsführer bestellt. Poensgen war gegen die Gründung der Reichswerke Herman Göring, aber 1937 kam es im Stahlhof zu einer Einigung, wonach die Reichswerke keine Konkurrenz zur Privatwirtschaft darstellen sollten.<sup>31</sup> Auf Düsseldorfer Ebene wurde Poensgen 1939 zum Leiter der Abteilung Industrie der Wirtschaftskammer Düsseldorf ernannt.<sup>32</sup> Poensgen war auch Mitglied des Beirats und des Großen Beirats der Reichsgruppe Industrie und bis zum 30. Mai 1942 Leiter der Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie innerhalb der Reichsgruppe Industrie, der zentralen Organisation der Großindustrie für die Kriegszielplanung<sup>33</sup>.

Im Jahr 1942 berief Albert Speer, Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Ernst Poensgen in den Rüstungsrat. Im Oktober 1943 wechselte der 72-jährige Poensgen in den Aufsichtsrat der VESTAG. Nach Kriegsende gab es einen britischen Fahndungsbefehl gegen Poensgen, er wurde aber – aufgrund von Krankheit und der Tatsache, dass er Entlastungszeugen stellen konnte –, nicht angeklagt. Poensgen starb 1949 in der Schweiz.<sup>34</sup>

Noch im Jahre 1941 war Poensgen durch den Reichswirtschaftsminister Funk für seine Verdienste in der Rüstungsindustrie mit dem »Adlerschild des Deutschen Reiches« des Jahres 1941 ausgezeichnet worden. In jenem Jahr wurde in Düsseldorf die Ronsdorfer Straße in Ernst-Poensgen-Allee umbenannt. Am 29.9.1950 wurde aus der Ernst-Poensgen-Allee wieder die Ronsdorfer Straße, allerdings heißt seit dem 14. 12.1951 die Stadtwaldstraße bis heute Ernst-Poensgen-Allee – zahlreichen Protestaktionen zum Trotz..

Hans-Günther Sohl (02.05.1906 – 13.11.1989) war ein weiterer führender VESTAG-Manager. Er trat 1933 in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) ein, beruflich war er seit 1933 verantwortlich für die Rohstoffbeschaffung bei Krupp.

Am 1.10.1941 wurde Sohl in den Vorstand der VESTAG berufen, zwei Jahre später avancierte er zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden. 1942 war Sohl zum Wehrwirtschaftsführer und zum Geschäftsführer der Reichsvereinigung Eisenverarbeitenden Industrie<sup>35</sup> ernannt worden. Im August 1943

Nach 1945 war Sohl für 18 Monate interniert, danach ging Sohls Karrierewieder steil aufwärts: Von 1953 bis 1969 war Sohl Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG (Nachfolgesellschaft der Vereinigten Stahlwerke). Von 1956 bis 1969 war er Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und von 1972 bis 1976 Vorsitzender des BDI.<sup>36</sup>

<sup>30</sup> Gossweiler, 1988, Von Weimar zu Hitler. Wie es zur Errichtung der faschistischen Diktatur kam, in Aufsätze zum Faschismus p. 344

<sup>31</sup> Adam Tooze, 2007, p.280ff

<sup>32</sup> Hüttenberger, Peter, Düsseldorf.Geschichte von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert. Band 3: Die Industriestadt- und Verwaltungsstadt (20. Jahrhundert, p.561ff,

<sup>33</sup> Gliederung der Reichsgruppe Industrie,Leipzig, Berlin 1941 p. 17, 19 und 92 u.Eichholtz, D.. Geschichte der Kriegswirtschaft 1939-1945, Band II, p.88

<sup>34</sup> wikipedia; Ernst Poensgen, [http://de.wikipedia.org/wiki/Ernst\\_Poensgen](http://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Poensgen) Aufruf v. 05.02.2012, Ernst Klee: Das Personalexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, 2007, p. 467

<sup>35</sup> .Eichholtz, D.. Geschichte der Kriegswirtschaft 1939-1945, Band II, p.89

<sup>36</sup> Ernst Klee: Das Personalexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, 2007, p. 586 s.a. wikipedia, Hans Günther Sohl, [http://de.wikipedia.org/wiki/Hans-G%C3%BCnther\\_Sohl](http://de.wikipedia.org/wiki/Hans-G%C3%BCnther_Sohl), Aufeud v. 05.02.2012

Am 29.4.1991 wurde in Düsseldorf eine Straße nach Hans-Günther Sohl benannt.

Die VESTAG waren an der Ausbeutung der annektierten Gebiete beteiligt und platzierten ihre Vertreter als Treuhänder - mit der Lizenz zum Raub - von Unternehmen deren Inbesitznahme für die Zeit nach dem Kriege geplant war. Manager der VESTAG wurden z.B. zu Treuhändern von gewinnträchtigen Erzgruben in Lothringen, in Luxemburg, in Norwegen und besonders auch für Kohlegruben und Stahlhütten in der Ukraine.

In den Niederlanden sicherten sich die VESTAG eine vierzigprozentige Beteiligung an der Koninklijke Nederlandsche Hoogovens Stahlfabrieken N.V. und übernahmen nach deren Ausrüstung das Walzwerk der Walz- und Pressbetriebe Van Leer.<sup>37</sup>

In den Betrieben der Vereinigten Stahlwerke wurden unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene beschäftigt, für Düsseldorf sind allein drei Lager nachgewiesen. So geht aus Unterlagen der Vereinigten Stahlwerke hervor, dass Poensgen 1942 dem Gesamtvorstand über die »Leistungsergebnisse beim Einsatz sowjetischer Arbeitskräfte« in der Gelsenkirchener Bergwerks-AG berichtet hatte. Aus 1943 stammt ein Rundschreiben zu »Rationskürzungen bei disziplinwidrigem Verhalten ausländischer Arbeiter«.

Nach Kriegsende wurden die Vereinigten Stahlwerke aufgelöst, bereits 1951 gab es mehrere Nachfolgeunternehmen. Mit dem Zusammenschluss zur ThyssenKrupp AG ist im Jahr 1999 Deutschlands größter Stahl- und Rüstungskonzern entstanden. Während der Kriegsverbrecher Alfred Krupp nach 1945 geschworen hatte, sich nie wieder an Rüstung und Krieg zu beteiligen, ist der neu entstandene Zusammenschluss aus VESTA, Hoesch, Thyssen und Krupp der Weltmarktführer an nichtatomar angetriebenen U-Booten.<sup>38</sup>

## ***Die Opfer der Zwangsarbeit im Rheinland***

Gisela Blomberg von der VVN-BdA Düsseldorf schilderte in einem Vortrag die Lage der Zwangsarbeiter<sup>39</sup> in der rheinischen Metropole Düsseldorf. Sie führte aus:

Für Millionen von Menschen kam die Befreiung am 8. Mai 1945 zu spät, auch für die hier in Düsseldorf begrabenen sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter.

Als Angehörige der Roten Armee wurden sie nach Deutschland verschleppt und zu gefährlichen Arbeiten und einem menschenunwürdigem Leben gezwungen. Aber auch als Deportierte – plötzlich gewaltsam aus ihrem bisherigen Leben und Familien herausgerissene junge Menschen vieler Länder – wurden sie hier in Arbeitslager gesteckt.

Von den mehr als 14 bis 15 Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern<sup>40</sup> waren ca. zehn Millionen verschleppte Zivilpersonen aus den von Deutschland besetzten Ländern, und auch KZ-Häftlinge wurden zur Arbeit besonders in der Rüstungsindustrie gezwungen. Zwangsarbeit im faschistischen Deutschland bedeutete ein Leben ohne Rechte, Hunger, menschenunwürdige Unterbringung und Arbeit zu Pfenniglöhnen – wenn überhaupt.. Zwangsarbeit war Ausbeutung bis zur Erschöpfung, wenn nicht sogar bis zur Vernichtung; Hunderttausende haben diese Zwangsarbeit nicht überlebt.

Für die deutschen Firmen hat sich die Ausbeutung der Zwangsarbeiter auf jeden Fall gelohnt, nur so konnten die Waffenproduktion und die hohen Profite der Rüstungsbetriebe gesichert werden. Die Beschäftigung von Zwangsarbeitern war ausgesprochen rentabel, der Gewinn war um das anderthalbfache höher als bei normalen Arbeitsverhältnissen. Die verschärfte Ausbeutung von Zwangsarbeitern ermöglichte neben der Kriegsproduktion auch noch eine Steigerung der Investitionsgüterproduktion, mit der Folge, dass sich das gesamte Bruttoanlagenvermögen in der Zeit von 1935 bis 1945 um 20 Prozent, nach Abzug der Reparationen immerhin noch um elf Prozent erhöhte. Die Basis für den Wiederaufschwung, für das deutsche »Wirtschaftswunder« nach dem Krieg, wurde also mit der ausbeuterischen Zwangsarbeit geschaffen.<sup>41</sup>

---

<sup>37</sup> Dokumentation „Europa unterm Hakenkreuz“ Band 3, S. 140

<sup>38</sup> lt. Jutta Blankau, Bezirksleiterin der IG Metall Küste, [www.labournet.de](http://www.labournet.de)

<sup>39</sup> Es sei angemerkt, dass immer von Zwangsarbeitskräften beiderlei Geschlechts die Rede ist, auch wenn nur der Begriff Zwangsarbeiter verwendet wird.

<sup>40</sup> Zwischen den Mühlsteinen. Zu einigen Hintergründen der Verhandlungen über Entschädigungen für Zwangsarbeit. Von Thomas Kuczynski, in »junge Welt« v. 03.06.2000

<sup>41</sup> Zwangsarbeiter schufen den Aufschwung in der BRD. Der Osten war schon damals der Verlierer. – Ein Gespräch mit Herbert Schui. »junge Welt« vom 21.09.2004

In Düsseldorf waren über 35.000 Zwangsarbeiter und noch einige Tausende Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge<sup>42</sup> beschäftigt, zunächst in der Landwirtschaft, danach in fast allen Wirtschaftszweigen, besonders aber in den Rüstungsbetrieben, wie. z.B. bei Rheinmetall. So waren 1944 27 Prozent aller Erwerbstätigen Zwangsarbeiter.<sup>43</sup> Ab 1943 wurden zu den gefährlichen Aufräumarbeiten nach den Bombenangriffen, wozu auch das Entschärfen von nicht gezündeten Bomben gehörte, fast ausschließlich Zwangsarbeiter herangezogen.<sup>44</sup> Mindestens 300 von ihnen sind dabei ums Leben gekommen. Während der Bombenangriffe war den Zwangsarbeitern der Zutritt zu den Bunkern verweigert.

## **Außenlager der KZ Buchenwald und Sachsenhausen**

Der überwiegende Teil der Zwangsarbeiter war in Lagern untergebracht. In Düsseldorf gibt die damalige Gewerbeaufsicht ca. 400 »meldepflichtige« Lager an, dazu gehörten auch sechs Außenkommandos der KZ Buchenwald und Sachsenhausen.<sup>45</sup>

Die Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter aus dem Osten mussten in den schlimmsten Verhältnissen leben. Ein großer Teil der auf dem Russischen Ehrenfriedhof »Am Gallberg« Begrabenen starb im Lazarett des in der Nähe liegenden Kriegsgefangenenlagers an der Bergischen Landstraße. 1941 wurde es in den stillgelegten Baracken des Truppenübungsplatzes errichtet. Ein Überlebender, der amerikanische Soldat Frederico Gonzales aus den USA, dessen Flugzeug über Neuss abgeschossen worden war, berichtete, dass an eine Versorgung nicht zu denken gewesen sei. Sein eigenes Überleben verdanke er den Rationen, die unregelmäßig vom Roten Kreuz an westliche Kriegsgefangene verteilt wurden. Diese Rationen wurden aber den Kriegsgefangenen aus dem Osten vorenthalten, so dass sie in diesem »Lazarett« kaum Überlebenschancen hatten. Als immer mehr Lagerinsassen starben, wurden die Toten nicht mehr auf dem Gerresheimer Waldfriedhof, sondern in Massengräbern begraben. An einem davon stehen wir bei Mahnveranstaltungen, an diesem Massengrab hatten sowjetische Lagerinsassen im Mai 1945 zur Mahnung einen Gedenkstein gesetzt.<sup>46</sup>

Dieses anonyme Massengrab – die Namen der Toten werden wir nicht mehr erfahren – soll uns an die Verbrechen des faschistischen Deutschlands erinnern, das die Sowjetunion überfiel, weil es der Wirtschaft nach den Worten eine Goebbels »um Kohle, Eisen Öl und vor allem Weizen.... Wer das Öl, das Eisen, und die Kohle besitzt, der wird den Krieg gewinnen,«<sup>47</sup>.

Nach 1945 hat der Nürnberger Gerichtshof festgestellt, dass die Zwangsarbeit ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit war, weitreichende Konsequenzen wurden daraus nicht gezogen.

Auch die materiellen Entschädigungen wurden den Zwangsarbeitern – sofern sie überhaupt noch am Leben sind – vorenthalten. Wenn sie Glück hatten, wurde ihnen ein Bruchteil erstattet. Das Verschleppen von Entschädigungszahlungen hat eine recht lange Geschichte. Im Londoner Schuldenabkommen von 1953 wurde vereinbart, dass die Überprüfung von Forderungen aus dem Zweiten Weltkrieg, die gegen das Reich und im Auftrag des Reiches handelnde Stellen und Personen erhoben wurden, bis zu einem Friedensvertrag zurückgestellt würden. Zehn Jahre später entschied der Bundesgerichtshof, dass auch die I.G. Farben zu diesem Kreis gehörten und deshalb die Entschädigungsforderung eines polnischen Zwangsarbeiters auf jeden Fall bis zum Abschluss eines Friedensvertrages zurückgestellt werden müsse. Damit kam die Zahlung von Entschädigungen erst nach dem 2+4-Vertrag wieder auf die offizielle Tagesordnung. Als Sammelklagen aus den USA in Höhe von mehreren Hundert Milliarden Dollar drohten, erklärte sich die deutsche Industrie zur Zahlung von selbstverständlich möglichst niedrigen Beträgen bereit, unter der Bedingung, dass keine weiteren Forderungen an sie gestellt werden dürften. Die Stiftunginitiative der deutschen Wirtschaft verlangt von ihren Mitgliedern, dass sie nur 1/1000 eines Jahresumsatzes einzahlen. Rechtsicherheit für die Wirtschaft, nicht für die Zwangsarbeiter, konnte letztendlich mit zehn Milliarden DM eingekauft werden. Beruhigend für die Herren der

---

<sup>42</sup> Clemens van Looz-Corswarem (Hrsg.), Zwangsarbeit in Düsseldorf. »Ausländereinsatz« während des Zweiten Weltkrieges in einer rheinischen Großstadt, Essen. 2002, S. 25

<sup>43</sup> Gut genug für den Arbeitseinsatz: Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. In: Augenblick. Berichte, Informationen und Dokumente der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, Nr. 3, 1992 S. 4

<sup>44</sup> Zwangsarbeiter in der Stadt Düsseldorf. Langsam kommt Licht in ein dunkles Kapitel. Hrsg. Stadtarchiv Düsseldorf, XI/00 –10. o.J. S. 15-16

<sup>45</sup> Lager und Haftstätten in Düsseldorf in der Zeit des Dritten Reiches, in Augenblick, Nr. 1992 S. 5

<sup>46</sup> Ein Stein kommt ins Rollen. Spuren sowjetischer Kriegsgefangener auf dem Gallberg in Düsseldorf-Gerresheim, in Augenblick, Nr. 1992 S. 16-19

<sup>47</sup> Eicholtz Dietrich, Schumann, Wolfgang (Hrg.) Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkriegs, Berlin 1969, Dok. 214, aus der Rede von Joseph Goebbels am 18. Oktober 1942 über faschistische Kriegsziele, p.408

Wirtschaft ist, dass der Löwenanteil der Entschädigungen aus staatlichen Mitteln gezahlt wird, da die von der Wirtschaft geleisteten Zahlungen als steuerlich relevante Betriebsausgaben gelten und sich so ihr Betrag auf 2,5 Milliarden DM reduzieren lässt – eine unverschämte geringer Betrag!<sup>48</sup>

### **Nur 4,4 Prozent des entgangenen Lohnes wurden erstattet**

Der Wirtschaftshistoriker Thomas Kuczynski berechnet in seinem 1999 für die Anwälte der Zwangsarbeiter angefertigten Gutachten die Summe der zu zahlenden Entschädigungen: 180 Milliarden DM. Demnach wurden ca. 15.000 DM durchschnittlich jedem Zwangsarbeiter als Lohn vorenthalten.

Das Gutachten wurde bei den Verhandlungen erst gar nicht verwendet, da selbst die Anwälte der Zwangsarbeiter diese Summe für politisch nicht durchsetzbar hielten. In neueren Berechnungen kommt Kuczynski auf einen Betrag von 228 Milliarden, d.h. der ausgehandelte Betrag von zehn Milliarden DM beträgt gerade mal 4,4 Prozent des eigentlichen Lohnausfalls, und nur um den geht es bei den Entschädigungen.

Wie schafft man es, die berechnete Summe um 218 Milliarden zu reduzieren?

Nach Abzug aller Toten, aller Kriegsgefangenen, aller Land-, Kommunal- oder Hausarbeitskräfte, die keine Ansprüche auf Entschädigungen haben, blieben 1,3 Mio. Zwangsarbeiter mit berechtigten Ansprüchen übrig. Von diesen haben aber nur 130.000 überlebende Lagerinsassen den vollen Betrag von 15.000 DM bekommen, die Mehrheit musste sich mit etwa ein Drittel dieses Betrages zufriedengeben.<sup>49</sup> (Die Sätze bewegten sich zwischen einigen hundert Mark und 15.000 für Zwangsarbeit unter Bewachung in Lagern.) Die Mitgliederliste der Stiftungsiniziativa<sup>50</sup>, auf der nahezu alle heute bekannten Konzerne vertreten sind, zeigt das Ausbleiben einer durchgreifenden Entnazifizierung und demokratischen Umgestaltung der alten Macht- und Besitzverhältnissen im Westen. Die imperialistischen Kriegstreiber, die Hitler zur Macht verhalfen und Milliardengewinne durch die Zwangsarbeit und Ausplünderung der besetzten Gebiete machten, dabei den Tod von Millionen von Menschen in Kauf nahmen, waren spätestens mit der Gründung der Bundesrepublik wieder im Geschäft.

Zu bemerken sei noch: Der Beitritt zur Stiftung geschah ganz freiwillig und galt nicht als Eingeständnis der Kollektivschuld der deutschen Wirtschaft.

### **»Von Schuld ist keine Rede«**

Firmen, die nicht um ihr Ansehen im Ausland besorgt sind, brauchten ihr erst gar nicht beizutreten, - so wie der Millionenerbe und Kunstsammler Friedrich Christian Flick, dessen Vermögen zu einem großen Teil aus der Ausbeutung der bei Flick beschäftigten 50.000 Zwangsarbeiter stammt, von denen 10.000 nicht überlebten. Seine Haltung steht ganz in der Tradition seines Großonkels Friedrich Flick, der in seinem Schlusswort vor dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozess sagte: »Nichts wird uns davon überzeugen, dass wir Kriegsverbrecher waren.«<sup>51</sup> Erst aufgrund öffentlichen Drucks hat Flick später der Stiftung eine Spende in Höhe von fünf Mio. Euro für zusätzliche humanitäre Leistungen gemacht. In einer Presseerklärung der Stiftung vom 22.4.2005 Jahres heißt es: dass Herr Flick mit dieser Spende das Schicksal der ehemaligen Zwangsarbeiter würdigen und ihnen seine tiefen Respekt und sein Mitgefühl zum Ausdruck bringen möchte, von Schuld ist selbstverständlich nicht die Rede.<sup>52</sup>

Grundlegende Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen konnten im Westen nach 1945 nicht durchgesetzt werden. So erleben wir täglich, dass das kapitalistische System keine Lösung für die Mehrheit der Bevölkerung ist; im Gegenteil – mit einer großen Arbeitslosigkeit geht einher der reaktionäre Sozialabbau, und unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung werden demokratische Rechte eingeschränkt. Auslandseinsätze der Bundeswehr gehören zur Normalität. Die Neonazis können wieder unter Polizeischutz marschieren. Zusammen mit allen demokratischen und antifaschistischen Kräften müssen wir uns gegen diese Entwicklung wehren!

---

<sup>48</sup> Thomas Kuczynski: Zwangsarbeit: Das würdelose Gezerre auf Kosten der Opfer. (»... und die nahezu vollständige Abwesenheit antifaschistischen Bewusstseins in der deutschen Bevölkerung«) in: »junge Welt« vom 22.05.2001

<sup>49</sup> Die letzte Beleidigung. Brosamen am Herrentisch. Hintergründe der Entschädigungszahlungen an die im Zweiten Weltkrieg nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeiter. Teil II: Historische Realität und aktuelle Berechnung. Aus einer Neuerscheinung von Thomas Kuczynski, in »junge Welt« vom 16.11.2004

<sup>50</sup> veröffentlicht auf der website der Stiftungsiniziativa der deutschen Wirtschaft »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«

<sup>51</sup> Von Flick zu Flick und zurück. Kleine Skandalchronik: Wie eine deutsche Familie reich wird und reich bleibt, in »junge Welt« v. 20.09.2004

<sup>52</sup> Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« Pressemitteilung 04/2005 v. 22.04.2005